

Felix Butschek

Wirtschaftschronik

II. Quartal 1995

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stellen verschiedene internationale wirtschaftspolitische Gremien immer stärker in den Vordergrund. Neue konkrete Maßnahmen werden freilich in diesem Zusammenhang nicht genannt, die Vorschläge beziehen sich zumeist nur auf eine höhere Flexibilisierung der Arbeitsmärkte.

6. April: Die Banque de France nimmt ihren Taggeldsatz um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt auf 7 $\frac{1}{4}$ % zurück. Auch die dänische Notenbank senkt den Leitzins um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt. Die Nationalbank in Brüssel reduziert den Taggeldsatz für Primärhändler von 5 $\frac{1}{4}$ % auf 5%, den Taggeldsatz für alle anderen Finanzinstitute von 7 $\frac{1}{4}$ % auf 6 $\frac{1}{4}$ %.

Ausland

7. April: Die Klimakonferenz der Vereinten Nationen endet mit dem Beschluß, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, welche neue Vorschläge zur Verminderung des Kohlendioxid-Ausstoßes erstellen und bis 1997 der UNO vorlegen solle. Die daraufhin vereinbarten Maßnahmen wären ab 2000 in Fünfjahresschritten bis 2020 zu realisieren.

13. April: Der EU-Sozialkommissar Flynn präsentiert das Sozialprogramm der EU für die Zeit von 1995 bis 1997. In dessen Mittelpunkt steht die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dazu sollen vor allem Ausbildungsprogramme forciert werden. Mit den Sozialpartnern soll über Teilzeitarbeit, befristete Verträge und Kündigungsbedingungen gesprochen werden.

14. April: Die Arbeitnehmer in den Verkehrsbetrieben, Ämtern und einigen Großbetrieben Frankreichs legen die Arbeit nieder und protestieren gegen Entlassungen sowie für höhere Löhne.

18. April: Die Regierung Takemura legt ein „Notprogramm“ für die japanische Wirtschaft vor, welches ein Konjunkturpaket enthält und gleichzeitig eine Senkung des Diskontsatzes um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte auf 1% vorsieht.

19. April: Die schwedische Reichsbank erhöht den Leitzins von 8,34% auf 8,41%. Eine Woche zuvor hatte sie den Ausleihsatz von 8 $\frac{1}{2}$ % auf 9% und den Einlagensatz von 6 $\frac{1}{2}$ % auf 7 $\frac{1}{2}$ % erhöht.

10. Mai: Die europäischen Gewerkschaften zeigen sich auf ihrem Kongreß in Brüssel mit der EU-Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht einverstanden. Sie werfen der Kommission vor, den Abbau der Arbeitslosigkeit nur in theoretischen Studien, nicht aber mit konkreten Maßnahmen voranzutreiben.

15. Juni: Die Regierungschefs der G-7-Staaten beraten in Halifax vor allem über den Zustand der Weltwirtschaft, eine Reform der internationalen Wirtschaftsinstitutionen und den Handelsstreit der USA mit Japan.

Im Abschlußkommunique wird der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Vorrang eingeräumt: vor allem durch Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und verbesserte Ausbildung der Arbeitskräfte. Weiters sprechen sich die Regierungschefs für ein zweckmäßigeres Frühwarnsystem des Internationalen Währungsfonds (IMF) aus sowie für einen „Krisenfinanzierungsmechanismus“ und eine bessere Finanzausstattung des Fonds.

17. Juni: Die japanische Regierung beabsichtigt, durch ein sechstes Konjunkturpaket das Absacken der Wirtschaft in eine Rezession zu verhindern. Kernstück des Pakets soll die Steigerung der öffentlichen Ausgaben sein.

26. Juni: Anlässlich des Gipfeltreffens in Cannes beraten die Staats- und Regierungschefs der 15 EU-Länder eine Konvention über „Europol“, die Finanzierung der Entwicklungshilfe sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Österreich wird auf dieser Tagung durch Bundeskanzler Vranitzky und Außenminister Schüssel vertreten.

Im Zuge der Beratungen wird der Schlüssel für die Aufteilung der Finanzhilfe an die osteuropäischen Länder und die Mittelmeerstaaten mit 3 : 2 festgelegt, der Entwicklungshilfefonds für Länder in Afrika, im Pazifik und in der Karibik wird erhöht. Die Erörterung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird auf das nächste Gipfeltreffen im Dezember in Madrid verschoben.

29. Juni: Knapp vor der Einführung hoher Strafzölle auf japanische Kfz einigen sich die Vertreter der USA und Japans auf einen erleichterten Zugang für Autoexporte der USA zum japanischen Markt.

Österreich

28. April: Der Bundesparteiohmann der ÖVP, Schüssel, verändert den von seiner Partei gestellten Teil der Bundesregierung. Vizekanzler und Unterrichtsminister Busek

sowie Außenminister Mock treten zurück, Umweltministerin Rauch-Kallat übernimmt mit Othmar Karas das Generalsekretariat der ÖVP. Wirtschaftsminister Schüssel übernimmt das Außenministerium und wird dort durch Staatssekretärin Ferrero-Waldner unterstützt. Das Wirtschaftsministerium übernimmt Staatssekretär Ditz, dessen Po-

Die politische Lage wird im II. Quartal 1995 durch die Umbildung des von der ÖVP gestellten Teils der Koalitionsregierung charakterisiert. Diese Veränderung scheint sich nachhaltig auf die Tätigkeit der Bundesregierung und auch deren Beurteilung durch die Öffentlichkeit ausgewirkt zu haben.

sten nicht nachbesetzt wird. Umweltminister wird Staatssekretär Bartenstein, dessen bisheriger Posten ebenfalls aufgelassen wird. Unterrichtsministerin wird Elisabeth Gehr.

1. Mai: Benzin wird um 1,20 S und Dieselöl um 0,60 S pro Liter teurer. Die Kinderbeihilfen verringern sich um 100 S je Kind. Geschäftsessen können nur noch zur Hälfte von der Steuer abgesetzt werden. Die Sätze für den Investitionsfreibetrag für Gebäude und Maschinen werden von 15% auf 9%, jene für Kraftfahrzeuge von 9% auf 6% gesenkt.

Der Höchstbetrag für Einlagensicherung wird von 200.000 S auf 260.000 S pro Person angehoben

9. Mai: Die österreichischen Krankenkassen reduzieren ab 1. Juli 1995 ihre freiwilligen Leistungen: Zuschüsse für

Zahnersatz werden nicht mehr gewährt. Kinder von Selbstversicherten sind ab dem 18. Lebensjahr nicht mehr mitversichert, ebenso im Ausland lebende Familienangehörige von ausländischen Arbeitskräften.

11. Mai: Die Bundesregierung beschließt, den Generaldirektor der Raiffeisenzentralbank, Dr. Klaus Liebscher, zum Präsidenten der Nationalbank zu ernennen. Er tritt am 1. Juni die Nachfolge von Dr. Maria Schaumayer an.

23. Mai: Die Hauptversammlung der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft-Donaureisen beschließt die Liquidation der 167 Jahre alten Personenschiffahrt auf der Donau. Die 130 Mitarbeiter werden mit Jahresende 1995 gekündigt. Ein Sozialplan soll ihre Vermittlung erleichtern.

30. Mai: Der Anteil des Konsum an den Bawag-Aktien von 31% wird von der Bayerischen Landesbank übernommen. Außerdem kauft die Münchner Großbank weitere 15% der Aktien vom ÖGB. Die Konkurrenzofferte der Österreichischen Postsparkasse und der Wiener Städtischen Versicherung kommen nicht zum Zug.

31. Mai: Dr. Maria Schaumayer beendet nach 5 Jahren ihre Tätigkeit als Präsidentin der Oesterreichischen Nationalbank.

20. Juni: Der Finanzministerrat der EU berät in Luxemburg die wirtschaftliche und budgetäre Lage der Mitgliedstaaten. Die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, erfüllt die „Konvergenzkriterien“ nicht.

Abgeschlossen am 30. Juni 1995